

09.09.2016

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

ich befinde mich gerade mitten in den Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 2017. Am Donnerstag durfte ich als zuständiger Haushaltsberichtersteller der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Haushaltsplan des Bundeswirtschaftsministeriums im Plenum sprechen.

Die deutsche Wirtschaft ist stark und wettbewerbsfähig. Mit dem nun vorliegenden Haushalt für das Wirtschaftsministerium bin ich mir sicher, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das auch in den kommenden Jahren so bleibt.

Mit Blick auf die großen Herausforderungen - wie zum Beispiel die Bewältigung der Flüchtlingssituation, die Energiewende und die Digitalisierung der Wirtschaft - brauchen wir dringend auch weiterhin einen starken Mittelstand und eine starke Industrie, die für Wachstum und für Arbeitsplätze sorgen. Darum ist der Haushalt des Wirtschaftsministeriums im Schwerpunkt auf Wachstum, Innovationen und Beschäftigung ausgerichtet.

Wir unterstützen den Mittelstand wieder massiv. Immerhin arbeiten laut einer Studie fast zwei Drittel der Beschäftigten im Mittelstand. Fast 90 Prozent der Auszubildenden werden in mittelständischen Betrieben ausgebildet.

Auch die Auslandshandelskammern leisten eine hervorragende Arbeit für den Mittelstand. Die Auslandshandelskammern unterstützen gerade kleine und mittelständische Unternehmen bei Investitionen, Vertrieb oder Einkauf von Produkten im Ausland. Sie können Märkte vor Ort am Besten einschätzen und entsprechend zielgerichtet beraten. Gerade weil diese Dienstleistung stark nachgefragt wird, erhöhen wir unsere Präsenz in weiteren Ländern und erhöhen auch den Etat der Auslandshandelskammern um 3,5 Millionen Euro, so dass sie nun insgesamt 43,8 Millionen Euro erhalten.

Eine Schlüsseltechnologie ist die Luft- und Raumfahrt, die aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums mit insgesamt 1,575 Milliarden Euro gefördert wird. Die Luft- und Raumfahrt ist Beschäftigungs- und Innovationsmotor und ermöglicht es uns, international im Technologie-Wettbewerb bestehen zu können. Einen großen Anteil am Erfolg im Bereich der Luft- und Raumfahrt hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das eine ausgezeichnete Arbeit leistet.

Ebenfalls für den Wirtschaftsstandort von herausragender Bedeutung ist die maritime Wirtschaft. Dabei profitieren nicht nur küstennahe Standorte. Schließlich gibt es in ganz Deutschland zahlreiche Zulieferunternehmen. Wir bauen in Deutschland die besten Kreuzfahrtschiffe und die innovativsten Spezialschiffe der Welt. Außerdem sind wir als außenhandelsorientiertes Land auf eine leistungsstarke maritime Wirtschaft angewiesen.

Deswegen ist es mit Blick auf den großen globalen Wettbewerb in dieser Branche wichtig, dass wir unsere Technologieführerschaft sichern und klug investieren.



Ein weiterer Schwerpunkt des Haushaltes für 2017, ist das Thema Fachkräftesicherung. Auch ich halte dieses Thema für besonders wichtig, denn es gibt heute schon genügend Betriebe, die unter dem Fachkräftemangel leiden. Deshalb erhöhen wir den Haushaltstitel „Fachkräftesicherung“ um rund 2,4 Millionen Euro auf über 27 Millionen Euro.

Der Haushaltsentwurf des Wirtschaftsministeriums ist gut und geht in die richtige Richtung. Dennoch werden wir die anstehenden Haushaltsberatungen nutzen, um weitere positive Veränderungen herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, which appears to be "A. Mattfeldt".

Bundesministerium des Innern

Die Ausgaben für die innere Sicherheit sollen bis 2020 deutlich um insgesamt fast 2,6 Milliarden Euro aufgestockt werden. Insbesondere werden die Sicherheitsbehörden wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik personell gestärkt. Im Regierungsentwurf sind für 2017 gut 2.000 neue Stellen vorgesehen. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir 4.500 weitere Stellen für den Zeitraum 2017 bis 2020 beschließen. Damit bleiben wir der Motor für die innere Sicherheit in der Koalition. Bislang weist der Regierungsentwurf für 2017 Ausgaben in Höhe von rund 8,34 Milliarden Euro auf, d.h. rund 6,9 Prozent mehr als der Sollansatz 2016.

Globalisierung

Bedingt durch die voranschreitende Globalisierung hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt seit dem Jahr 1990 jährlich um durchschnittlich 1.130 Euro pro Kopf erhöht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die dazu die Auswirkungen der Globalisierung auf 42 Staaten – darunter sowohl Industrieländer als auch Schwellenländer – untersucht hat. Zwar geht die durch einen Index gemessene Globalisierung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 flächendeckend zurück, trotzdem erzielt Deutschland zusammen mit weiteren Industrieländern wie Japan, der Schweiz, Finnland und Dänemark immer noch die höchsten globalisierungsbedingten Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Die fortschreitende Globalisierung sorgte dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt in der Gesamtheit aller 42 untersuchten Länder seit 1990 im Schnitt um fast 970 Milliarden Euro pro Jahr gewachsen ist – dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien.

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Der Etat genießt bei uns weiterhin hohe Priorität. 2017 stehen im Regierungsentwurf knapp 17,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Gegenüber 2016 ist dies ein Aufwuchs von rund 1,2 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Regierungsantritt im Jahr 2005 ist das mehr als das Doppelte. Für den Hochschulpakt stehen damit rund 2,8 Milliarden Euro zur Verfügung, der Pakt für Forschung und Innovation wird fortgesetzt. Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft werden erneut um 3 Prozent gesteigert, und zwar allein durch den Bund.

Einkommen steigen stärker als Mieten

Die Mieten bleiben in Deutschland in der Breite stabil oder werden relativ zum Einkommen sogar günstiger. Zwar stiegen die Mieten seit 2010 durchschnittlich um 10,2 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen jedoch auch um 11,5 Prozent. Wer 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt, bekommt durchschnittlich 94 Quadratmeter Wohnfläche – zwei Quadratmeter mehr als noch vor sechs Jahren. Im Landkreis Dillingen-Landau reicht ein Viertel des Durchschnittseinkommens für 125 Quadratmeter Wohnfläche. Selbst in den Großstädten München und Frankfurt konnte die entsprechende Wohnfläche um einen beziehungsweise drei Quadratmeter zulegen. Überproportionale Mietsteigerungen konzentrieren sich nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf wenige Orte wie Berlin, Stuttgart oder Dortmund, wo die Kaufkraft nicht im selben Maße stieg wie die Preise.

Treffen mit Vorstandsmitglied der Bundesbank

Als für die Bundesbank zuständiger Rechnungsprüfer im Rechnungsprüfungsausschuss, habe ich mich am Mittwoch mit Carl-Ludwig Thiele, Vorstandsmitglied der Bundesbank, getroffen.

In unserem Gespräch ging es unter anderem um die wirtschaftliche Lage Europas und im speziellen um die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Deutschland ist wirtschaftlich, vor allem Dank eines starken und innovativen Mittelstandes, hervorragend aufgestellt.



Des Weiteren haben Herr Thiele und ich uns über die Goldbestände der Bundesbank ausgetauscht. Die Bundesbank lagert in New York, London, Paris und natürlich in der Bundeszentralbank in Frankfurt am Main ihre Goldbestände. Die Lagerung eines nicht unerheblichen Teils unserer Goldbestände im Ausland ist historisch bedingt und unter anderem dem Kalten Krieg geschuldet. Damals wollte man einen Teil des Goldes, im Falle eines Krieges, dem Zugriff der Sowjetunion entziehen. Außerdem hat man damals Dollar-Handelsüberschüsse in den USA in Gold umgetauscht. Da diese Gründe mittlerweile entfallen sind, hat die Bundesbank angefangen, die Goldbestände im Ausland sukzessive zurückzuführen.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Sebastian Fischer